

Amts- und Anzeigebatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließlich
des „Illustr. Unterhaltungsbü.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
steinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Berantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: G. Hannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

Nr. 118.

Donnerstag, den 6. Oktober

1898.

Bekanntmachung.

Das Verzeichniß derjenigen hier wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können (Urliste) liegt vom **6. dieses Monats** ab eine Woche lang in hiesiger Rathsregisteratur zu Jedermanns Einsicht aus. Unter Hinweis auf die nachstehenden abgedruckten Bestimmungen der §§ 31, 32, 33, 34, 84, 85 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 und des § 24 des Gesetzes vom 1. März 1879 wird dies hierdurch mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß Einsprachen gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der erwähnten Liste innerhalb deren Auslegezeit bei dem unterzeichneten Stadtrath zu erheben sind.

Eibenstock, am 4. Oktober 1898.

Der Rath der Stadt.

Hesse.

Abch.

Auszug aus dem Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877.

- § 31. Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.
§ 32. Unfähig zu dem Amte eines Schöffen sind:
1) Personen, welche die Fähigung in Folge strafrechtlicher Verurtheilung verloren haben.
2) Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Überlehnung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Amtmänner zur Folge haben kann.
3) Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.
§ 33. Zu dem Amte eines Schöffen sollen nicht berufen werden:
1) Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste das dreißigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
2) Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste den Wohnsitz in der Gemeinde noch nicht zwei Jahre haben.
3) Personen, welche für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen oder in den drei letzten Jahren, von Aufstellung der Urliste zurückgerechnet, empfangen haben.
4) Personen, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zu dem Amte nicht geeignet sind.
5) Dienstboten.
§ 34. Zu dem Amte eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:
1) Minister.
2) Mitglieder der Senate der freien Hansestädte.
3) Reichsbeamte, welche jederzeit einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können.
4) Staatsbeamte, welche auf Grund der Landesgesetze jederzeit einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können.
5) Richterliche Beamte und Beamte der Staatsanwaltschaft.
6) Religiöse und polizeiliche Vollstreckungsbeamte.
7) Religionsdiener.
8) Volksschullehrer.
9) Dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Personen.
Die Landesgesetze können außer den vorbezeichneten Beamten höhere Verwaltungsbürokraten, welche zu dem Amte eines Schöffen nicht berufen werden sollen.
§ 35. Das Amt eines Geschworenen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.
§ 36. Die Urliste für die Auswahl der Schöffen dient zugleich als Urliste für die Auswahl der Geschworenen. Die Vorschriften der §§ 32—35 über die Berufung zum Schöffenamt finden auch auf das Geschworenamt Anwendung.

Gesetz, die Bestimmungen zur Ausführung des Gerichts-Verfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 enthaltend, vom 1. März 1879.

- § 24. Zu dem Amte eines Schöffen und eines Geschworenen sollen nicht berufen werden:

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Entgegen Pariser Meldungen erklärt die „Kölner Zeitung“ offiziell, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, aus der zuwartenden Rolle herauszutreten, welche sie dem Dreyfus-Handel gegenüber bisher beobachtet habe. Jetzt, nachdem die Revision des Dreyfus-Prozesses in Angriff genommen sei und begründete Hoffnung besteht, daß die Wahrheit an den Tag kommen werde, habe Deutschland weniger als je Anlaß, über dasjenige hinauszugehen, was in der bekannten Erklärung des Staatssekretärs v. Bülow gesagt worden sei.

— Der im Reichs-Schajam aufgestellte Vorentwurf zu einem neuen Zolltarif, der sich auf die veränderte Anordnung und einen vielsach neuen Vertant der Tarifstellen beschränkt, Zollsätze aber noch nicht enthält, ist den Bundesregierungen zur Prüfung zugegangen. Sobald diese stattgefunden hat und die dadurch etwa bedingten Änderungen vorgenommen worden sind, werden die berufenen Vertreter von Landwirtschaft, Handel und Industrie Gelegenheit erhalten, sich über den Entwurf auszusprechen und ihre Wünsche wegen seiner weiteren Gestaltung zu äußern.

— Prinz Heinrich hat jetzt seine Rundreise in den sibirischen Gewässern beendet und ist am letzten des vergangenen Monats wieder in das Hafenbeden von Kautschouk eingelaufen, das er am 25. Juli verlassen hatte. Auf dieser Reise in den nördlichen Gewässern des Stillen Ozeans hat der Prinz Juan, Korsakofstöle, Sachalin, de Castri, Baracouta, Wladiwostok und noch eine Reihe von untergeordneten Höfen an der russischen Küste des Großen Ozean besucht, in denen zum Theil bisher noch niemals die deutsche Flagge gezeigt worden ist. Prinz Heinrich hat seit seiner Ankunft im Frühjahr d. J. in den ostasiatischen Gewässern, an Bord seines Flaggschiffs „Deutschland“ die ge-

sammte Ostküste Asiens abgekreuzt, so daß ihm für seinen ferneren Aufenthalt auf der ostasiatischen Station der Besuch der verschiedenen Inselgruppen übrig bleibt, um sich aus eigener Anschauung von der handelspolitischen Lage im fernen Osten zu überzeugen. Jetzt hat Prinz Heinrich in diesen Tagen wieder zum ersten Mal seit Anfang Mai vollzählig seine Division um sich versammelt, die Kreuzer „Kaiserin Augusta“ und „Gesion“ sind gleichfalls in den letzten Tagen des September im Kautschoukbeden zu Anker gegangen. Die Schiffe werden vor der Hand in den chinesischen Gewässern stationirt bleiben, um den gegen Mitte November eintreffenden Ablösungstransport zu erwarten.

— Österreich-Ungarn. Während trotz abgegebener gegenwärtiger Versicherungen der österreichische Ministerpräsident Graf Thun bestimmt gehofft hat, in Folge der Arbeitsunfähigkeit des Parlaments den Ausgleich mit Ungarn einfach mit Hilfe des Notparagraphen der Verfassung ostwärts zu lösen und während Graf Thun noch dieser Tage die Einigkeit zwischen Regierung und Parlamentsmehrheit zuwirkt, hat er jetzt eine weitere empfindliche Niederlage zu verzeichnen: Zur ersten Sitzung der Ausgleichsversammlung sind 55 Abeder contra gemeldet, Niemand pro. Als im gesammten Abgeordnetenhaus findet sich nicht ein einziges Mitglied, welches den für Österreich so handgreiflich ungünstigen Ausgleich, den die österreichische Regierung acceptirt hat, zu verteidigen wagte! Der zweite Theil des Antrages Schwieg, welcher dahin lautet, das Haus möge sofort in die erste Sitzung der Ausgleichsversammlung eintreten, wurde mit 203 gegen 33 Stimmen angenommen.

— Kaiser Franz Joseph soll die angebotene Demission des Ministerpräsidenten Grafen Thun nicht angenommen haben und das österreichische Kabinett soll nun völlig zu einem Ministerium der Rechten gestaltet werden, wozu nur die Erhebung des bereits um seine Entlassung eingekommenen Handelsministers

Dr. v. Bärnreither und etwa noch die des Unterrichtsministers Grafen Blaibart durch Vertrauenmänner der Rechten nötig ist. Der Kaiser, heißt es, sei mit dieser Wendung ganz einverstanden. Als Kandidaten für das Unterrichtsministerium nennt man den sterilen Baron Dipauli; das Handelsministerium würde ein Tschec, Pole oder Feudaler erhalten. Daß er verlangt aber die Regierung volle Unterstützung von der Rechten, welche eine Regierungsmajorität gewährleisten soll. Nun hat ja in der Montagsitzung des Abgeordnetenhauses der Pole Jaworski diese Unterstützung zugesagt. Wie sie aber in der wichtigsten und brennendsten Frage betrifft des Ausgleichs mit Ungarn, den auch die Rechte wegen der Benachtheitigung Österreichs in der vorliegenden Fassung durchaus vertritt, tatsächlich durchgeführt werden kann, ist unerfindlich. Und schließlich wird auch Graf Thun nicht dauernd in Österreich gegen die Deutschen regieren können, sondern mit seiner Mission gerade so scheitern, wie Badeni gescheitert ist. Ein gedecklicher Ausweg aus den sichtbar verfahrenen Zuständen ist garnicht abzusehen.

— Frankreich. Die Vorgänge der letzten Tage in Paris, wo die Revisionisten und die Anti-Revisionisten hart aufeinanderstießen und es zu einer Reihe von Ereissen und Prügeleien kam, haben gezeigt, daß auf die verhältnismäßige Ruhe der letzten Zeit kein Verlaß war und daß die Zukunft noch schlimmere Ausbrüche und Komplikationen bringen kann. Haben doch Rochefort und Genossen förmlich zu Revolution und Todtschlag aufgefordert, besonders für den Fall, daß Dreyfus nach Frankreich zurückgebracht werden sollte. Aus der Ankunft eines französischen Kriegsschiffes vor der Leuchtturm lann man aber wohl mit Recht schließen, daß tatsächlich die Rückführung Dreyfus' beabsichtigt sei. Auch auf Seiten der Revisionisten wird Alles gethan, um die Leidenschaften weiter aufzustacheln.

— Italien. Wie nunmehr die offizielle „Agenzia Stefani“